

Der Magistrat

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0510/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 07.11.2011

Amt: Vermessungsamt
Aktenzeichen/Telefon: 62 Sk/CS, Tel.: 1200
Verfasser/-in: Herr Skib

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat	21.11.2011	Entscheidung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	05.12.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	15.12.2011	Entscheidung

Betreff:

Satzung zur Einrichtung des innerstädtischen Innovationsbereichs Marktquartier nach INGE

- Antrag des Magistrats vom 07.11.2011 -

Antrag:

„1. Der als Anlage beigefügte Bericht über das Aufstellungsverfahren zur Satzung wird zur Kenntnis genommen.

2. Der als Anlage 2 beigefügte Entwurf der Satzung zur Stärkung der Innovation im Marktquartier wird als Satzung beschlossen.“

Begründung:

Mit dem Antrag vom 17.Mai 2011 hat der Verein Marktquartier e. V. die Einrichtung des Innovationsbereichs Marktquartier initiiert.

Zulässigkeit des Antrags

Die Prüfung des Antrags ergab, dass die Berechtigung zur Antragsstellung nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) vorlag. Die Anzahl der anerkannten Zustimmungserklärungen beträgt 26%.

Die aus diesen Erklärungen berücksichtigungsfähige Fläche beträgt 28 % der Gesamtfläche. In beiden Fällen ist das Quorum von 15 % übertroffen.

Im Maßnahmen- und Finanzierungskonzept sind keine Vorhaben enthalten, die für die Grundsätze nach § 1 INGE und die Zielsetzungen nach § 2 INGE ungeeignet wären. Die erforderlichen Beiträge betragen 6,70 % des Einheitswertes und liegen deutlich unter der gesetzlichen Schwelle von 10 % (§ 7 Absatz 1 INGE). Aus dem Finanzierungskonzept geht ein Bedarf von 515.000,- € hervor. Zu diesen Aufwendungen kommt noch die Verwaltungskostenpauschale der Stadt in Höhe von 8750,- €.

Außerdem ist im Marktquartier mit Anträgen auf Reduzierung oder Befreiung von der Abgabe gemäß § 7 INGE zu rechnen. Diese wird auf 10 % der Summe der Abgaben geschätzt.

Eine unverhältnismäßige Belastung der Abgabepflichtigen wird darin nicht gesehen, zumal im Satzungsvollzug noch in berechtigten Einzelfällen eine Reduzierung oder Befreiung möglich ist (§ 7 Absatz 4 INGE).

Durch die beabsichtigten Maßnahmen werden auch keine öffentliche Belange oder Rechte Dritter beeinträchtigt. Der Vorschlag zur Gebietsabgrenzung wurde nach Abstimmung zwischen den betroffenen Antragstellern und den Grundstückseigentümern unterbreitet.

Eignung der Aufgabenträger

Wie bereits aus dem Namen zu erkennen, handelt es sich um einen eingetragenen Verein. Die vertretungsberechtigte Vorstand setzt sich überwiegend aus bekannten Gießener Persönlichkeiten zusammen, die größtenteils alt eingesessene Unternehmen führen. Die Erfahrungen aus der ersten Laufzeit lassen keine – insbesondere keine negativen – Sachverhalte rechtlicher oder finanzieller Art erkennen, die diesen Verein für die Funktion als Aufgabenträger ungeeignet erscheinen lassen. Insbesondere die vertretungsberechtigten Vorstände begründen nach Leumund und auf Grund der Situation der eigenen Unternehmungen die berechtigte Erwartung an eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung eines Aufgabenträgers (§ 4 Absatz 2 INGE).

Öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen

Nachdem die formale Prüfung die Einhaltung der gesetzlichen Bedingungen für die Zulässigkeit ergeben hat, beschloss der Magistrat am 18. Juli 2011 die öffentliche Auslegung der vollständigen Antragsunterlagen. Darüber hinaus wurde vom Magistrat beschlossen, dass gleichzeitig ein Entwurf der Satzung öffentlich ausgelegt wurde. Durch diese Maßnahme sollte erreicht werden, dass die betroffenen Grundstückseigentümer die für sie wichtige Information über den vorgesehenen Hebesatz und damit über die zu erwartende finanzielle Belastung erhalten. Auf den Entwurfscharakter der Satzung wurde besonders hingewiesen. Während der Offenlegungszeit konnten die betroffenen Grundstückseigentümer gegen die Einrichtung des Innovationsbereiches Widerspruch erheben. Die Quote zur Verhinderung der Maßnahme beträgt gemäß § 5 Absatz 5 INGE 25 % der betroffenen Grundstücke oder der betroffenen Fläche. Es wurden keine Widersprüche erhoben.

Öffentlich rechtliche Verträge

Vor dem Satzungsbeschluss muss sich der Aufgabenträger in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag gegenüber der Gemeinde verpflichten, die sich aus INGE ergebenden Verpflichtungen (Maßnahmen- und Finanzierungskonzept), Ziele, Aufgaben und Verantwortlichkeiten umzusetzen. Dieser Vertrag wurde als Geschäft der laufenden Verwaltung nach Magistratsbeschluss bereits zur ersten Laufzeit von der Vertragspartnern unterzeichnet und von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen. Der Vertrag gilt auch für die neue Laufzeit. Inhaltlich ist der Vertrag als Rahmenvertrag gestaltet, der die Mindestanforderungen nach INGE erfüllt. Dieser Vertrag kann für einzelne konkret geplante Maßnahmen entsprechend ergänzt werden. Ohne Ergänzungen gilt er allein. Er sichert aber immer die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmen- und Finanzierungskonzeptes ab.

Satzungsinhalte

Die Satzung ist inhaltlich so gefasst, dass sie einerseits die gesetzlichen Anforderungen erfüllt, andererseits den Aufgabenträger aber nur im absolut erforderlichen Umfang einschränkt. Bundesweit liegen kaum Erkenntnisse bzw. Erfahrungswerte aus gerichtlichen Überprüfungen vor.

§ 1 Gebietsabgrenzungen

Die Abgrenzung des Innovationsbereichs entspricht den Vorschlägen des Aufgabenträgers. Sie ist zwischen den betroffenen Aufgabenträgern und den Grundstückseigentümern abgestimmt, soweit Grundstücke nur teilweise einbezogen wurden. Die Einbeziehung von Grundstücksteilen oder die Aufteilung eines Grundstücks zwecks Zuweisung zu unterschiedlichen Innovationsbereichen ist nach § 7 Absatz 3 INGE zulässig.

§ 2 Ziele

Die Ziele wurden aus dem Antrag übernommen. Sie erfüllen die Vorgaben des § 2 Absatz 1 INGE.

§ 3 Maßnahmen

Die Maßnahmen wurden ebenfalls aus dem Antrag übernommen, aber etwas allgemeiner formuliert. Damit wird dem Aufgabenträger für die Realisierungsphase noch etwas Gestaltungsspielraum gelassen.

§ 4 Aufgabenträger

Der Aufgabenträger muss konkret benannt werden. Er muss eine eigene Rechtspersönlichkeit haben.

§ 5 Abgabenerhebung

Absatz 1 bestimmt die erhebende Stelle, die Abgabenschuldigen und den Grund der Abgabe gemäß § 7 Absatz 1 INGE. Der Hebesatz ergibt sich aus dem Quotienten der

vorgesehenen Aufwendungen laut Antrag und der Summe der Einheitswerte im Innovationsbereich. Er darf maximal 10 % der Einheitswerte erreichen. Der Beitrag bleibt mit 6,7 % erheblich unter dem gesetzlichen Schwellenwert. Eine Ausfallquote für Abgabebefreiungen oder Reduzierungen für wohnbauliche Nutzungen wurde auf Grund der Situation im Marktquartier mit 10 % der Abgaben angenommen.

§ 6 Pauschalbetrag für den Verwaltungsaufwand

Die vorgeschlagene Verwaltungspauschale entspricht den Vorgaben des § 8 Absatz 1 INGE und § 9 KAG. Nach § 8 INGE ist die Verwaltungsgebühr als "angemessener Pauschalbetrag" festzusetzen. Was als "angemessen" anzusehen ist, legt § 9 Absatz 2 KAG fest. Danach ist bei der Gebührenermittlung der Verwaltungsaufwand auf das Interesse der Gebührenpflichtigen entscheidend. Als Aufwendungen der Verwaltung fallen an:

A: Vorarbeiten, einmalig für alle Innovationsbereiche:

Erarbeitung der spezifischen, gesetzlichen Änderungen von INGE

B: Individuell für jedes BID:

1. Beratung der Aufgabenträger
2. Aufbereitung der erforderlichen Daten
3. Prüfung der Anträge
4. Offenlegung der Anträge
5. Durchführung des Verfahrens zum Satzungsbeschluss
6. Erstellung der Abgabenbescheide
7. Überwachung der Aufgabenträger
8. Kosten der Veröffentlichungen

Aus den Erfahrungen der ersten Laufzeit kann festgestellt werden, dass die Pauschalgebühr in etwa die Kosten für den Zeitaufwand der eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abdeckt, wenn man die durchschnittlichen Arbeitskostensätze des Landes anwendet.

Um Zustimmung wird gebeten.

G r a b e – B o l z (Oberbürgermeisterin)

Anlagen:

- Anlage 1: Bericht über Aufstellungsverfahren der Satzung
- Anlage 2: Entwurf zur Satzung zur Stärkung der Innovation im Marktquartier

Beschluss des Magistrats vom TOP	Beschluss vom TOP
<input type="checkbox"/> beschlossen <input type="checkbox"/> ergänzt/geändert beschlossen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> zurückgestellt/-gezogen	<input type="checkbox"/> beschlossen <input type="checkbox"/> ergänzt/geändert beschlossen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> zurückgestellt/-gezogen
Beglaubigt:	Beglaubigt:
Unterschrift	Unterschrift